

Für einen Politikwechsel im Landesverband NRW

10 Punkte für ein alternatives Arbeitsprogramm des neuen Landesvorstandes der NRW-LINKEN

Bianca Austin, KV Steinfurt; **Edith Bartelmus-Scholich**, KV Krefeld; **Helmut Born**, KV Düsseldorf; **Patrick Gawliczek**, KV Herne; **Dominik Goertz**, KV Bielefeld; **Thomas Hovestadt**, KV Köln; **Jan Köstering**, KV Oberberg; **Sebastian Merkens**, KV Mönchengladbach; **Sefika Minte**, KV Oberhausen; **Ida Paul**, KV Bochum; **Marc Scheffler**, KV Mülheim an der Ruhr; **Judith Serwaty**, KV Rhein-Sieg; **Ulrich Thoden**, KV Münster; **Henning von Stoltzenberg**, KV Oberhausen; **Sönke Voigt**, KV Köln; **Sascha H. Wagner**, KV Wesel

Warum ein Arbeitsprogramm?

Die Unzufriedenheit mit der Entwicklung der (Landes-)Partei treibt viele Genoss:innen um. Mit diesem Arbeitspapier wollen wir als Kandidat:innen transparent machen welche Vorhaben wir in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen und worauf wir uns verpflichten. Wir stehen dabei für einen solidarischen Umgang und einen innerparteilichen Politikwechsel, der von Transparenz und Teilhabe gezeichnet sein soll. Wir sehen DIE LINKE. NRW als Mitglieder- und Mitmachpartei an.

Das desaströse Landtagswahlergebnis von 2,1% kann uns alle nicht zufriedenstellen. Dabei hilft es nicht die Schuld allein auf schlechte Umfragewerte im Bund zu verweisen. Wir alle im Landesverband NRW tragen hierfür eine Mitverantwortung, der wir uns künftig besserstellen müssen! Dabei wollen wir kollektiv aus Fehlern lernen und miteinander um bessere Politikansätzen und Lösungen ringen. Ebenso stehen wir ganz bewusst für eine feministische und queere Perspektive im größten Landesverband. Die jüngsten #metoo-Ereignisse, aber auch der seit Jahren von Frauenstrukturen angeprangerte verfehlte Anspruch eine "feministische Partei" zu sein, beschämen uns. Daher wollen wir dafür Sorge tragen, dass die Initiativen vom Frauennetzwerk und von LISA zum besseren Umgang mit Sexismusvorfällen ebenso Bestandteil der Arbeit des Landesvorstandes sind, wie die Fragen der politischen Bildung oder der Parteientwicklung.

Die Folgen der Wirtschaftskrise und des Krieges um die Ukraine und die weltweite Klimazerstörung machen auch vor NRW nicht halt. Krieg ist der größte Klimakiller und zusätzlich wird von der Bundesregierung in klimaschädliche Kohle und LNG-Gas investiert statt in einen Umstieg auf erneuerbare Energien. Kernkraftwerke sollen trotz aller Sicherheitsmängel länger laufen. Bereits vor dem Krieg und den rasant steigenden Preisen für Energie und Lebensmitteln war die Armutsgefährdungsquote in NRW auf 18,7 Prozent angestiegen. Inzwischen vervielfachen sich die Preise für Strom und Gas und ein Ende ist nicht in Sicht. Immer mehr Menschen können sich Wohnung bzw. Heizung und Lebensmittel nicht mehr leisten. Gleichzeitig machen Konzerne wie RWE & Co. Rekordprofite. Wir erleben eine gigantische Umverteilung von unten nach oben. In NRW heizen 64,4 Prozent der

Haushalte mit Gas. Energiesperren, Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit bedrohen immer mehr Menschen, zumal Wohnungen schon vor der Krise knapp und teuer waren. Die Folge wird ein Abstieg von Millionen Menschen sein. Hier ist es die Aufgabe der Partei DIE LINKE den Menschen bei Ihren täglichen Sorgen zu helfen und mit Ihnen gegen sozialen Abstieg, Armut und Not zu kämpfen - für eine andere Gesellschaft und ein gutes Leben für Alle. Die kommenden Tarifaueinandersetzungen in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst werden ohne Streiks und eine breite Unterstützung der Gesellschaft nicht die dringend benötigten Lohnerhöhungen erreichen. Es ist mehr denn je an der Zeit, die Kämpfe zu verbinden, um den herrschenden eine gesellschaftliche Kraft entgegenzustellen. Es muss gelingen die Kämpfe für einen Inflationsausgleich mit den Kämpfen gegen Krieg, Aufrüstung und Klimazerstörung zu verbinden. Ein 100-Mrd.Programm wird dringend für Gesundheit, Soziales, Bildung und Klimaschutz statt für Aufrüstung benötigt. Energie- und Rüstungskonzerne aus NRW verdienen Milliarden an Krise und Krieg. Nicht nur NRW-Konzerne müssen endlich wieder Vermögenssteuer bezahlen. Und Energiekonzerne sollen vergesellschaftet werden, um die Versorgung mit erneuerbaren Energien sicher zu stellen und zwar zu bezahlbaren Preisen. Zusätzlich verschärfen sich Probleme, die NRW schon seit Jahren beschäftigen. In den Schulen fehlen rund 4400 Lehrkräfte, die Gebäude sind marode. In den Kitas sieht es genauso aus. Bis 2030 fehlen in NRW 64000 Fachkräfte für frühkindliche Bildung.

Neonazis und AFD sind weiterhin Thema in NRW. In einzelnen Hotspots kämpfen Antifaschist*innen tagtäglich gegen Faschisten. Die AFD in NRW ist dem sogenannten "Flügel" innerhalb der AFD zugeneigt, die kaum noch von Neonazis herkömmlichen Stils unterscheidbar sind. Eine LINKE in NRW positioniert sich gegen jede Form von Rassismus, Faschismus, Post-Faschismus und zeigt auf der Straße und in den lokalen Strukturen: Kein Fußbreit den Faschisten!

Wir geben unsere Partei nicht auf, sondern treten gemeinsam an, um dem Landesverband wieder eine ernstzunehmende Perspektive zu geben, politisch handlungsfähig zu werden und in einem kräftezehrenden Prozess ein weiteres Absacken bei Umfragewerten und politischer Relevanz zu verhindern. Dafür brauchen wir Euch, Eure Ideen und Eure Kraft, denn nur gemeinsam mit der Parteibasis werden wir Erfolge erzielen. Damit Ihr vor der Wahl wisst, was wir Euch anbieten, stellen wir hier unser Arbeitsprogramm vor, das die Grundlage unseres Selbstverständnisses sein soll. Dabei beachten wir natürlich die Beschlüsse der Bundes- und Landespartei:

1. Spaltung verhindern - Mitglieder an DIE LINKE. NRW binden!

DIE LINKE. NRW ist weiterhin tief gespalten. Viele Mitglieder, die einst aktiv waren, haben sich frustriert zurückgezogen, viele müde ob der ewigen Auseinandersetzung zwischen Partei und Bundestagsfraktion. Dieser weitgreifenden Spaltung wollen wir geschlossen entgegenwirken, indem wir zu strittigen Fragen die politische Debatte organisieren, statt sie zu verhindern. Dafür greifen wir auch auf technische Möglichkeiten wie Onlinekonferenzen zurück und entwickeln regelmäßige Debattenformate und Veranstaltungen mit den jeweiligen fachpolitischen Sprecher:innen des Landesvorstands ohne dabei in Konkurrenz zueinander zu treten. Wir wollen den Landesverband kollektiv stärken und solidarisch im

Umgang auch bei strittigen Fragen den Ton wahren. Schmutzkampagnen via sozialer Netzwerke werden wir uns nicht zu eigen machen. Denn auch eine LINKE, die intern kontrovers diskutiert, kann gestärkt nach Außen auftreten!

Wir werden nicht die Kreisverbände untereinander "aufteilen" um einen möglichst großen Strömungseinfluss zu gewinnen, sondern setzen bei Konflikten in Gremien und Fraktionen auf professionelle (externe) Unterstützung, Mediationsverfahren und geordnete, transparente Verfahren die durch die Landesgeschäftsstelle organisiert und begleitet werden.

Der Jugendverband hat erstmals in der Geschichte nach den jüngsten #metoo-Ereignissen und anderer Vorkommnisse diskutiert für den neuen Landesvorstand keineN jugendpolitischeN Sprecher:in zu benennen. Dieser Entwicklung wollen wir entgegentreten, indem wir wieder für mehr Vertrauen beim Jugendverband werben und durch unsere Praxis zeigen, dass es sich lohnt auf der Landesebene mitzuwirken. Wir teilen den Anspruch des Jugendverbands, dass die Gremien des Landesverbands sichere Räume auch für junge Genossinnen sein müssen. Zur konkreten Verbesserung wollen wir regelmäßige Austauschformate zwischen dem geschäftsführenden Landesvorstand und dem Landessprecher:innenrat des Jugendverbandes, aber auch dem Studierendenverband SDS initiieren.

2. Finanzielle Basis für den Landesverband sichern

Die Landesebene setzt sich aus unseren 53 Kreisverbänden zusammen. Das heißt, wir sind solidarisch mit der Landesebene und werden die professionelle Arbeitsweise der Landesgeschäftsstelle zu sichern. Wir setzen weiterhin auf die Beitragsverteilung der Mitgliedsbeiträge von 80:20 um die Landesebene und die Geschäftsstelle perspektivisch sicher ausfinanzieren zu können. Die Landesgeschäftsstelle wird für technische Herausforderungen wie Hybridsitzungen und dergleichen modernisiert und wieder für einladende Tagungen von Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften nutzbar gemacht.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Vereinbarungen zwischen Mandatsträger:innen und dem Landesverband im Sinne des Landesparteitagsbeschlusses gestärkt und umgesetzt werden. Wir entwickeln einen regionalen Entwicklungsplan für die Frage von Büroverteilungen und werden die Bundestagsabgeordneten und andere Ressourcenstellen dazu anhalten, Stellenangebote künftig wieder ordentlich und transparent auszuschreiben und verlangen von jedem/jeder Mandatsträger:in Auskunft über Beschäftigungsverhältnisse.

3. Parteientwicklung vorantreiben und wiederbeleben!

Ein Landesverband mit circa 8.000 Mitgliedern bedarf einer guten und ressourcenschonenden Mitgliederverwaltung. Dabei setzen wir auf "Begrüßungspakete" für Neumitglieder, die dem Neumitglied den Einstieg in unsere Mitte erleichtert. Wir geben den Kreisvorständen wieder regelmäßige Statistiken zur Mitgliederentwicklung und bieten ihnen an, gemeinsam an über Fragen der Parteientwicklung miteinander ins Gespräch zu kommen um "Drehtüreffekte" und dergleichen zu verhindern. Zur Unterstützung bieten wir Neumitgliedertreffen auf Landesebene an, denn nicht jeder Kreisverband hat die Ressourcen dafür. Dafür setzen wir einen LAK-Parteientwicklung ein, indem wir auch die Strömungen in die Pflicht nehmen an einem solchen Prozess konstruktiv im Rahmen von

Bildungsveranstaltungen mitzuwirken. Das schärft die eigene Positionsfindung und kritische Auseinandersetzung mit inhaltlichen Fragestellungen.

Wir wollen die Bildungsarbeit verstetigen und ausbauen!

Dazu gehört für uns ein regelmäßiger Austausch der Bildungsträger: innen wie der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, dem kommunalpolitisches Forum NRW, dem Landesarbeitskreis politische Bildung, sowie der Bundestags-Landesgruppe, zur besseren Koordinierung von Veranstaltungen und Kampagnenschwerpunkten, um zielgerichtet am gleichen Strang ziehen zu können.

Wir möchten Konzepte zur Regionalisierung der Landespartei vorantreiben!

Die Regionalisierung ist seit Jahren Thema in diesem Landesverband, aber nie ernsthaft in den Blick der Parteientwicklung genommen worden. Im Frühjahr 2023 leiten wir daher einen Prozess ein der Vor- und Nachteile offen beleuchtet, Fragestellungen einer Regionalisierung erfasst und konkrete Vorschläge zu einer operativen Organisationsverbesserung erstellt. Das Ergebnis legen wir zu einem Zwischenbericht dem Landesrat und letztlich dem Landesparteitag Anfang 2024 zur Beschlussfassung vor.

Wir wollen DIE LINKE im ländlichen Raum stärken

60% der Bevölkerung lebt in NRW im ländlichen Raum. Die Herausforderungen für unsere Partei stellen sich hier anders dar als in Städten. Wir werden gemeinsam mit den dort tätigen Kreisverbänden und dem LAK Ländlicher Raum praxistaugliche Konzepte für eine erfolgreiche Arbeit entwerfen und die Kreisverbände bei deren Umsetzung unterstützen.

Wir möchten Verankerung schaffen

Wir werden gemeinsam mit den Kreisverbänden ein Konzept entwickeln, mit dem perspektivisch unsere Verankerung in Betrieben und Gewerkschaften, in Quartieren und "neuen sozialen Bewegungen" gestärkt werden soll. Das Konzept soll in eine gemeinsame Praxis münden. Die aktiven Mitglieder vor Ort sollen bei der Umsetzung Unterstützung erhalten.

4. Landesregierung angreifen und stellen

Wir wollen die nordrhein-westfälische Landespolitik der schwarz-grünen Landesregierung scharf in den Blick nehmen und sowohl zu Gesetzesvorhaben linke Alternativen aufzeigen und der Gesellschaft Vorschläge unterbreiten, die eine konkrete Verbesserung der Lebensverhältnisse beinhalten. Dazu gehört es ebenso den Widerstand gegen eine Schuldenbremse, der flächendeckenden Steigung der (Kinder-)Armutquoten, steigenden Miet- und Energiepreisen zu organisieren und (vorerst) außerparlamentarisch zu begleiten. Der Widerstand gegen das Abbaggern von Lützerath und den fortschreitenden Kohleabbau ist genauso notwendig wie der Kampf für die Beibehaltung des 9-Euro-Tickets und den Ausbau des ÖPNV. Einen Nachschlag von 897 Millionen Euro für den Landeshaushalt - das hat die Regierungskoalition aus CDU und Grünen auf ihrer Kabinettsitzung kürzlich beschlossen. Investiert werden soll das Geld angeblich in Bildung, Klimaschutz, Sicherheit und Flüchtlingshilfe. Die konkrete Politik in Lützerath, der mangelnde Wille zu einer sozial-ökologischen Verkehrswende, die Polizeiereignisse in Dortmund oder der kritikwürdige

Umgang der Verwaltung mit Menschen mit Fluchterfahrungen sprechen eine andere Sprache. Hier werden wir die Landesregierung stellen und insbesondere die Grünen entzaubern.

5. Öffentlichkeitsarbeit zielgerichtet ausbauen

Durch die derzeitigen Rahmenbedingungen sind unsere Möglichkeiten der eigenen Öffentlichkeitsarbeit stark eingeschränkt. Pressemitteilungen und Medienarbeit in den sozialen Netzwerken wollen wir zielgerichtet weiterentwickeln und ausbauen. Einen großen Mehrwert für die Berichterstattung haben wir durch unsere kommunalen Vertretungen. Dazu bereiten wir einen Kommunalratschlag der Landespartei (unter Einbeziehung der Bildungsträger) vor, um gemeinsame Kampagnenschwerpunkte zu analysieren und aufeinander abzustimmen. Parallel wollen wir herausfinden welche mediengestalterischen Expertisen aus unserer Mitgliedschaft gehoben werden können. Den Kreisverbänden bieten wir dazu regionale Fortbildungen an.

Ein Grundproblem unserer öffentlichen Wahrnehmung haben wir jedoch selbst in der Hand. Die Außendarstellung in den sozialen Netzwerken. Hierzu erarbeiten wir zeitnah einen Leitfaden zum Umgang einer positiven Verbreitung von Parteiinhalten für Mitglieder und überlegen gemeinsam wie wir Enttäuschung und Ärger besser nach Innen kanalisieren. Dafür eröffnen wir Debattenräume zu Sachfragen, fernab von immer wiederkehrenden Personenkultfragen, Anhängerschaften und lähmenden Streitigkeiten.

6. Kommunalpolitische Arbeit unterstützen

5

Ein Hauptteil linker Wahrnehmung findet in der Kommunalpolitik statt. Damit ist nicht nur die Vertretung in Räten und Kreistagen gemeint. Jedes Engagement in Bürgerinitiativen, Stadteilen oder lokalen Arbeitszusammenhängen ist Kommunalpolitik. Wir wollen das zusammendenken! Mit dem kopof NRW haben wir einen nunmehr finanziell geschwächten Partner, der jedoch auf eine große Expertise zurückgreifen kann. Daher setzen wir uns auch zukünftig für seine finanzielle Unterstützung ein.

Wir überlegen uns gemeinsam mit den LAGen Muster-Anträge und Resolutionen sowie Best-Practise-Beispiele die wir in der gesamten Fläche Nordrhein-Westfalens verbreitern können. Dies können auch Aktionsvorschläge für Infostände, kreative Wahlkampfmethoden und dergleichen sein.

7. Landesarbeitsgemeinschaften wiederbeleben und deren Arbeit einfordern

Ein Landesvorstand ist auf die Zuarbeit aus den Landesarbeitsgemeinschaften angewiesen. Hier steckt ein Großteil unserer Expertise. Wir werben dafür, die ehrenamtliche Arbeit in den LAGen wieder stärker zu beleben und führen regelmäßige Austauschformate mit den LAGs und dem Landesvorstand durch. Dort wo Fachzuständigkeiten bei Landesvorstandsmitgliedern liegen, sehen wir deren Teilnahme an Sitzungen von Fach-LAGen als verpflichtend an. Bei thematischen Fachkonferenzen beziehen wir die LAGen bei der Planung explizit mit ein. Wir wollen die Arbeit der Genoss:innen wieder mehr wertschätzen.

8. Debattenräume organisieren

Diskurse wollen wir offensiv angehen. Für Hinterzimmer-Klüngeleien und Vermeidung von politischen Fragestellungen stehen wir nicht zur Verfügung und werden regelmäßige Online-Konferenzen mit Kreisvorständen und Fraktionsvorsitzenden zu Kampagnenentwicklungen, insbesondere aber zu strittigen Fragen initiieren und anbieten. Dabei sollen auch die innerparteilichen Zusammenschlüsse gehört werden.

9. Zusammenarbeit mit Abgeordneten

Unseren Abgeordneten bekommt bei der Frage der öffentlichen Wahrnehmung ebenfalls eine besondere Rolle zu. Einer zunehmenden Entfremdung von Parlamentarier:innen zur Basis wollen wir solidarisch entgegenwirken. Daher bieten wir unseren Abgeordneten auch weiterhin einen Raum zur innerparteilichen Debatte an. Wir erwarten aus der Landesgruppe eine stetige Vertretung bei Landesvorstandssitzungen, Landesräten aber auch die Teilnahme und Präsenz aller bei Landesparteitagen und fordern für letztere Organe die Berichtspflicht mit einer solidarischen anschließenden Aussprache ein. Wir wollen wieder Hand in Hand arbeiten! Wir werben gemeinsam dafür, die Amtszeiten für Abgeordnete zu begrenzen.

10. Mehr Teilhabe und Transparenz

Unsere Arbeit im Landesvorstand soll von Offenheit, Transparenz und guter animierender Stimmung sich in die Debatten einzubringen geprägt sein. Wir veröffentlichen nach jeder LaVo-Sitzung wieder Sofortinformationen, weisen in anschließenden Pressemitteilungen auf politisch gefasste Beschlüsse hin und stellen die Beschlüsse umgehend auf die Seite des Landesverbandes vollumfänglich und transparent ein und verweisen ebenso im 'Landesinfo' (dem Newsletter) darauf. Das 'Landesinfo' soll wieder mehr Ausgewogenheit bei den innerparteilichen Positionen widerspiegeln. Hierzu führen wir eine Redaktionsgruppe ein, die die Arbeit der Landesgeschäftsstelle unterstützt und den Blickwinkel verbreitert. Termine mit überregionalem Charakter werden wir auf der LV-Webseite einstellen.

Bei der Vorbereitung von Landtags- und Bundestagswahlen diskutieren wir die Option Listenvorschläge in den Landesverband zu geben. Dies dient der Vermeidung strömungspolitischer Spaltungen, wie wir es in den letzten Jahren schmerzlich zu spüren bekommen haben. Dabei soll die Frage der Regionalisierung des Landesverbandes in die Überlegungen einbezogen werden.

Um diese Arbeitsvorhaben umzusetzen und die Partei sowohl für neue Mitglieder, als auch für die kommenden Wahlkämpfe wieder attraktiver zu machen, brauchen wir ein neues Profil der Partei. Dieses verbinden wir mit einer deutlich wahrnehmbaren ökosozialistischen, bewegungsorientierten und radikaldemokratischen Ausrichtung, die für die Vision steht:

Eine andere Welt ist möglich!

Dieser Erneuerungsprozess bedarf einer breiten Diskussion auf allen Ebenen der Partei, so dass sowohl die Mitgliedschaft, als auch potentiell an Mitarbeit interessierte Menschen das Gefühl haben, dass Veränderung nicht von oben, sondern von und mit Ihnen von unten kommt.